



# Protokollauszug

aus der  
55. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-  
lung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 02.10.2002

---

öffentlich

**Top 6.1 Information zur Geschichte der Potsdamer Synagoge  
02/SVV/0688  
geändert beschlossen**

Nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 4.11

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Der Stadtverordnete Wendt, Fraktion >Die Andere<, beantragt:

Aufruf der Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2, die entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung gemeinsam zu behandeln sind und zu denen die jüdische Gemeinde das Rederecht beantragt hat.

**Abstimmung:**

Der o. g. Geschäftsordnungsantrag wird

**einstimmig angenommen.**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde erhält anschließend das Rederecht. Herr Prof. Schwarz äußert sich zur bestehenden räumlichen Situation für die 350 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in Potsdam.

Anschließend werden die DS 02/SVV/0688 und 02/SVV/0697 durch den Stadtverordneten Kruschat namens der Fraktion >Die Andere< eingebracht.

Der amtierende Oberbürgermeister Herr Jakobs informiert danach über Aktivitäten der Stadt zur Unterstützung jüdischen Lebens in Potsdam, weist auf das Buch „Geschichte der jüdischen Gemeinde in Potsdam“ hin und berichtet über Perspektiven eines Synagogenbaus, in dessen Vorbereitung umfangreiche rechtliche/finanzielle Fragen zu klären seien. Er empfiehlt eine Berichterstattung über den gegenwärtigen aktuellen Stand im Hauptausschuss bevor der Stadtverordnetenversammlung im **Dezember** ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet werden könne.

Der Stadtverordnete Dr. Arlt, Fraktion SPD, informiert ergänzend über bereits vorhandenes Informationsmaterial über die Geschichte der jüdischen Gemeinde.

**Änderungsantrag:**

Der Stadtverordnete Kapuste, Fraktion CDU, beantragt:

Im 1. Absatz ist die Wortgruppe "die Geschichte der ehemaligen Synagoge am heutigen Platz der Einheit und" zu **streichen**.

Die o. g. Änderung und die durch den amtierenden Oberbürgermeister zu beiden Vorlagen

empfohlene Terminänderung **Dezember-Sitzung** der Stadtverordnetenversammlung wird durch die Antragstellerin übernommen.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordneten bis zur Dezembersitzung in einer Mitteilungsvorlage über Perspektiven eines Synagogenneubaus in Potsdam zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**